

Vereinbarung
zwischen dem Bundesminister des Innern
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Bergbau und Energie
der Föderativen Republik Brasilien
über den Austausch technischer Informationen
und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit
kerntechnischer Einrichtungen

Der Bundesminister des Innern
der Bundesrepublik Deutschland,
im folgenden als „BMI“ bezeichnet,
und das Ministerium für Bergbau und Energie
der Föderativen Republik Brasilien,
im folgenden als „MME“ bezeichnet —

im Hinblick auf ihr gemeinsames Interesse sowohl an
einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit
kerntechnischer Einrichtungen als auch an einem Erfah-
rungsaustausch über Fragen der Genehmigung kerntechnischer
Einrichtungen,

mit dem Ziel, die Sicherheit kerntechnischer Einrich-
tungen zu erhöhen und nachteiligen Auswirkungen auf
die Umwelt vorzubeugen,

eingedenk des am 9. Juni 1969 geschlossenen Rahmen-
abkommens über Zusammenarbeit in der wissenschaft-
lichen Forschung und technologischen Entwicklung zwi-
schen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und
der Regierung der Föderativen Republik Brasilien,

des am 27. Juni 1975 geschlossenen Abkommens über
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung
der Kernenergie zwischen der Regierung der Bundesrepu-
blik Deutschland und der Regierung der Föderativen
Republik Brasilien

und

des Übereinkommens vom 26. Februar 1976 zwischen der
Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regie-
rung der Föderativen Republik Brasilien und der Interna-
tionalen Atomenergie-Organisation über die Anwendung
von Sicherungsmaßnahmen —

kommen wie folgt überein:

I. Anwendungsbereich der Vereinbarung

1.1 Austausch technischer Informationen

Der BMI und das MME vereinbaren einen Austausch
technischer Informationen über die Sicherheit bestimmter
kerntechnischer Einrichtungen zwischen dem Commissao

Nacional de Energia Nuclear (CNEN) auf brasilianischer
Seite und dem BMI auf deutscher Seite. Informationen
über Umwelteinflüsse solcher Einrichtungen werden aus-
getauscht, soweit die jeweiligen Zuständigkeiten der Ver-
tragsparteien dies zulassen. Die Informationen beziehen
sich auf

- a) aktuelle Berichte über technische Sicherheit und
Umweltauswirkungen, die durch oder für die Geneh-
migungsbehörden als Grundlage oder zur Unterstüt-
zung von Genehmigungs- und Grundsatzentscheidun-
gen verfaßt werden;
- b) bedeutsame Genehmigungsmaßnahmen sowie Sicher-
heits- und Umweltentscheidungen, welche diese Ein-
richtungen berühren;
- c) ausführliche Unterlagen über den Stand der vom BMI
beaufsichtigten Genehmigungsverfahren für bestimmte
Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, die
einvernehmlich als Prototypen für bestimmte in
Brasilien gebaute Einrichtungen benannt werden, und
entsprechende Unterlagen über analoge Einrichtungen
in Übersee;
- d) Informationen auf dem Gebiet der Reaktorsicherheits-
studien und -gutachten, zu deren Weitergabe die Ver-
tragsparteien berechtigt sind und die sich entweder im
Besitz einer der Vertragsparteien befinden oder ihr
zur Verfügung stehen; dazu gehören auch technische
Informationen über die Sicherheit von Leichtwasser-
reaktoren, die von Fall zu Fall vereinbart werden.
Jede Vertragspartei übermittelt der anderen umge-
hend Eilinformationen über die Ergebnisse von Stu-
dien und Gutachten unter Angabe bedeutsamer
Sicherheitsaspekte;
- e) Berichte über Betriebserfahrungen wie Berichte über
schwerwiegende Betriebsstörfälle, Unfälle und von
staatlicher Seite veranlaßte Reaktorabschaltungen
sowie Zusammenstellungen historischer Zuverlässig-
keitsdaten über Bauteile und Systeme. Jede Vertrags-
partei bemüht sich besonders, die andere über solche
wichtigen Ereignisse, die für diese von unmittelbarem
Interesse sind, frühzeitig zu unterrichten;
- f) Genehmigungsverfahren zur Prüfung der Sicherheit
und der Umwelteinflüsse dieser kerntechnischen Ein-
richtungen.

1.2 Zusammenarbeit auf dem Gebiet der regulatorischen Normen

Der BMI und das MME vereinbaren ferner eine Zusammenarbeit zwischen dem CNEN und dem BMI auf dem Gebiet der regulatorischen Normen für diese kerntechnischen Einrichtungen.

- a) Jede Vertragspartei unterrichtet die andere über spezifische Themen, zu denen Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der regulatorischen Normen im Gang sind.
- b) Kopien der regulatorischen Normen, deren Verwendung von den Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden der beiden Länder gefordert oder vorgesehen ist, werden von jeder Vertragspartei rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

1.3 Einschränkungen

Die Vertragsparteien sind sich einig, daß Berichte und die Entwicklung von Normen außerhalb des Bereichs des regulatorischen Programms des CNEN oder außerhalb des die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und den Strahlenschutz betreffenden Aufgabenkreises des BMI nicht in diese Vereinbarung einbezogen werden.

II. Administration

II.1 Informationsaustausch

Der Austausch von Informationen auf Grund dieser Vereinbarung erfolgt durch Briefe, Berichte, und andere Dokumente sowie durch Besuche und Zusammenkünfte, die von Fall zu Fall im voraus organisiert werden. Jährlich oder in anderen zu vereinbarenden Zeitabständen wird eine Sitzung abgehalten, um den Fortgang der Zusammenarbeit zu überprüfen, Änderungen zu empfehlen und Themen aus dem Bereich des Austausches zu erörtern. Zeitpunkt, Ort und Tagesordnung dieser Sitzungen werden im voraus vereinbart.

II.2 Administratoren

- a) Jede Vertragspartei bezeichnet einen Administrator zur Koordinierung ihres Anteils an der Zusammenarbeit. Die Administratoren sind die Empfänger aller im Rahmen des Austausches übermittelten Dokumente, zu denen, sofern nichts anderes vereinbart wird, auch Kopien aller Briefe gehören. Im Rahmen des Austausches sind die Administratoren für seine Weiterentwicklung verantwortlich und haben sich dabei auch über die Bestimmung der vom Austausch erfaßten kerntechnischen Einrichtungen sowie über spezifische auszutauschende Dokumente und Normen zu einigen. Diese ausführlichen Regelungen sollen unter anderem sicherstellen, daß ein angemessener, ausgewogener Austausch zustande gebracht und aufrechterhalten wird, der Zugang zu gleichwertigen verfügbaren Informationen gibt.
- b) Die Administratoren bestimmen, wieviel Kopien der ausgetauschten Dokumente zur Verfügung gestellt werden sollen. Jedes Dokument wird, sofern möglich, von einem aus weniger als 250 Worten bestehenden Auszug begleitet, in dem Thema und Inhalt beschrieben werden.

- c) Besuche auf Grund der Vereinbarung einschließlich ihrer Zeitpläne bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Administratoren.

II.3 Bestimmungen über Vertraulichkeit

- a) Im allgemeinen können die bei jeder Vertragspartei eingegangenen Informationen ohne weitere Genehmigung der anderen Vertragspartei uneingeschränkt verbreitet werden.
- b) Mit Vorrechten verbundene Informationen, zum Beispiel private, vermögensrechtliche, betriebliche und andere Informationen, die von der absendenden Vertragspartei im Vertrauen darauf und unter der Bedingung geliefert werden, daß die empfangende Vertragspartei die Informationen vor unbefugter Weitergabe schützt, werden von der absendenden Vertragspartei als solche bezeichnet und mit dem deutlichen Stempelaufdruck „Nicht zur Verbreitung ohne Genehmigung des BMI oder des CNEN bestimmt“, gekennzeichnet. Die empfangende Vertragspartei darf solche bevorrechtigten Informationen nicht ohne vorherige schriftliche Genehmigung der absendenden Vertragspartei weitergeben.
 - auf brasilianischer Seite außerhalb der beteiligten Behörden des CNEN sowie der Berater und der mitwirkenden Dienststellen der Regierung der Föderativen Republik Brasilien,
 - auf deutscher Seite außerhalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Berater und der atomrechtlichen Genehmigungsbehörden und deren Gutachter.

III. Allgemeine Bestimmungen

- a) Die Anwendung oder Verwendung einer von den Vertragsparteien auf Grund dieser Vereinbarung ausgetauschten oder übermittelten Information obliegt der empfangenden Vertragspartei; die übermittelnde Vertragspartei übernimmt keine Gewähr dafür, daß diese Information für eine bestimmte Verwendung oder Anwendung geeignet ist.
- b) In der Erkenntnis, daß einige Informationen der von dieser Vereinbarung erfaßten Art nicht in den Dienststellen der Vertragsparteien verfügbar sind, jedoch von anderen Dienststellen der Regierungen, denen die Vertragsparteien angehören, zur Verfügung gestellt werden können, wird jede Vertragspartei die andere im Rahmen des Möglichen durch die Ausrichtung von Besuchen und die Weiterleitung von Anfragen über solche Informationen an die zuständigen Dienststellen der betreffenden Regierung unterstützen. Dies stellt keine Verpflichtung anderer Dienststellen dar, solche Informationen bereitzustellen oder solche Besucher zu empfangen.
- c) Die Vertragsparteien sind sich darin einig, daß die Möglichkeit zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen von der Verfügbarkeit dafür bestimmter Mittel abhängt.
- d) Eine gegenseitige Kostenerstattung ist zwischen den Vertragsparteien nicht vorgesehen. Beide Vertragsparteien tragen die in ihrem Zuständigkeitsbereich entstehenden Kosten.

- e) Diese Vereinbarung zwingt keine Vertragspartei, Maßnahmen zu treffen, die mit ihren geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften unvereinbar wären. Für den Fall einer Kollision zwischen dieser Vereinbarung und jenen Gesetzen und sonstigen Vorschriften vereinbaren die Vertragsparteien, einander schriftlich zu konsultieren, bevor Maßnahmen getroffen werden.
- f) Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Föderativen Republik Brasilien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.
- g) Diese Vereinbarung bleibt fünf Jahre in Kraft. Sie kann im gegenseitigen Einvernehmen verlängert werden. Jede Vertragspartei kann die Vereinbarung jederzeit gegenüber der anderen Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich kündigen.
- h) Diese Vereinbarung tritt am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 10. März 1978 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer
Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich
ist.

Der Bundesminister des Innern
der Bundesrepublik Deutschland
M a i h o f e r

Der Minister für Bergbau und Energie
der Föderativen Republik Brasilien
U e c k i